Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6550

01. 03. 90

Antrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

Berichtspflicht der Bundesregierung über die Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Vereinten Nationen in den letzten Jahren in der internationalen Zusammenarbeit zunehmend an Bedeutung und Einfluß gewonnen haben.

Eine Unterrichtung des Deutschen Bundestages und seines Auswärtigen Ausschusses über die Politik der Bundesregierung in den Vereinten Nationen würde die Wirkung der VN-Politik der Bundesrepublik Deutschland verstärken: Der Deutsche Bundestag könnte durch entsprechende Stellungnahmen einen wichtigen Beitrag leisten, in der deutschen Öffentlichkeit den Stellenwert der Vereinten Nationen hervorzuheben und die Kenntnis über ihre Arbeit und deren Auswirkungen zu vergrößern. Dies könnte die Akzeptanz der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit erhöhen. Darüber hinaus würden regelmäßige Informationen das Interesse und Engagement der Abgeordneten des Deutschen Bundestages und dadurch die Chance zur Lösung multinationaler Probleme steigern.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

— über die 44. Generalversammlung hinsichtlich der Ergebnisse, der Initiativen der Bundesregierung und des Verhaltens der Bundesregierung bei den wichtigsten Abstimmungen und der Begründungen dafür dem Plenum des Deutschen Bundestages zu berichten,

— in Zukunft jährlich einen Bericht über den Verlauf der Generalversammlung und die Haltung der Bundesregierung zu Beschlüssen und Abstimmungen zu erstatten,

— in Zukunft vor Beginn der jährlichen Generalversammlung (möglichst vor der Sommerpause des Deutschen Bundestages) dem Auswärtigen Ausschuß über geplante Initiativen der Bundesregierung, Probleme und Schwerpunkte zu berichten, so daß der Deutsche Bundestag in die Lage versetzt wird, unter Umständen zusätzliche Anregungen zu geben,

— regelmäßig – mindestens einmal jährlich – auch über ihre Tätigkeit in den Nebenorganen der Generalversammlung zu berichten sowie über die Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) und die Politik der Bundesregierung in den dem ECOSOC berichtspflichtigen Spezialorganen (z. B. UNDP und UNEP), Fachkommissionen (z. B. Menschenrechtskommission) und Regionalkommissionen (z. B. ECA).

Bonn, den 9. Februar 1990

Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333